

Haushaltsrede von Stadtrat Klaus Herrmann für die CDU Gemeinderatsfraktion bei der Generaldebatte zum Haushalt 2019 im Ludwigsburger Gemeinderat am 21. November 2018

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushaltsentwurf für 2019, den uns die Verwaltung vor 14 Tagen vorgelegt hat, ist ein **Rekordhaushalt**. Ein Rekordhaushalt bei den Einnahmen, ein Rekordhaushalt aber auch bei den Ausgaben. Er ist aber auch ein Rekordhaushalt bei der Neuverschuldung und bei den Verpflichtungsermächtigungen, das sind ja Belastungen künftiger Haushaltsjahre. Die Eckpunkte haben der Oberbürgermeister und der Kämmerer ausführlich erläutert. Wir haben sehr gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Wir sind allerdings von einem generationengerechten Haushalt mit dem Entwurf 2019 weit entfernt.

Wir müssen die **Einnahmen verbessern**. Das heißt aber für uns nicht Steuererhöhungen. Wir müssen die **Ausgaben reduzieren** das heißt für uns aber nicht, dass man Maßnahmen streicht, sondern zeitlich streckt, Kosten reduziert und Aufgaben hinterfragt.

Wir haben hohe Ausgaben im Bereich **Bildung und Betreuung**. Das ist richtig und notwendig. Unsere KiTas und Schulen müssen in einem bedarfsgerechten Zustand sein, aber wir brauchen keine Prestigeobjekte. Die Betriebszuschüsse für die unter Dreijährigen werden weiter steigen, weil der Bedarf steigt. Darauf müssen wir vorbereitet sein.

Der **Bau von Wohnungen** in der Stadt ist in den nächsten Jahren wichtig, von Wohnungen, die auch für Normalverdiener bezahlbar sind. Die Baufertigstellungen von 2013 bis 2017 waren etwa 200 Wohnungen im Jahr. In den nächsten Jahren wird das BIMA-Gelände in Grünbühl und das Fuchshofgelände auf den Markt kommen. Wir wollen dort nicht zu massiv bauen. Bauen auch mit den notwendigen Parkplätzen. Wir wollen es auch den Bauträgern ermöglichen in der Stadt Ludwigsburg zu bauen. Mit einer klugen Wohnungsbaupolitik kann man die Einnahmen verbessern – da haben wir immer wieder drauf hingewiesen – und die Erfolge sieht man: lagen wir 2014, also vor 5 Jahren, beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer noch bei 45 Millionen Euro, wird im nächsten Jahr mit 62 Millionen gerechnet. Das ist eine Steigerung von etwa einem Drittel in 5 Jahren.

Wir brauchen auch **Flächen für Gewerbe** um die Einnahmen zu verbessern und um Arbeitsplätze in der Stadt zu haben. Die Gewerbesteuererinnahmen werden von 72 Millionen Euro 2014 auf erwartete 84 Millionen Euro 2019 anwachsen. Sie steigen um 16 Prozent.

Zur Einnahmeverbesserung gehört auch eine **Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit**. Einiges wird hier schon gemacht, bei der Revision, beim Zensus, bei den Technischen Diensten Ludwigsburg (TDL). Jetzt ist geplant auch bei den Gutachterausschüssen zusammenzuarbeiten. Die guten Ansätze, die es vor Jahren gab, das auszubauen und zu erweitern, müssen fortgesetzt werden.

Der **Klimawandel** macht auch vor unserer Stadt nicht halt. In Ludwigsburg hat man in den letzten Jahren sehr viel getan, damit die Luft sauberer wird und sie ist sauberer geworden. Wir haben beim Feinstaub den Grenzwert erreicht. Der war früher deutlich überschritten. Beim Stickoxid ist der Grenzwert noch nicht erreicht. Im nächsten Jahr sind Maßnahmen zur Luftreinhaltung für 13,6 Millionen Euro geplant. Wir rufen die Mittel ab, die der Bund für diesen Zweck zur Verfügung stellt und die bei uns benötigt werden – allein 6 Millionen Euro Zuschüsse. Stuttgart hat da deutlich weniger. Man hat manchmal bei einigen in Stuttgart den Eindruck sie wollen bewusst Fahrverbote in Kauf nehmen. Wir wollen das nicht.

Zum Thema **Verkehr und Mobilität**: Wir haben im letzten Jahr unser „Integriertes Verkehrskonzept 2030 plus“ vorgelegt. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben welches Verkehrsmittel sie nutzen sondern wir wollen Angebote schaffen. Zur Mobilität gehört für uns auch der Fußgängerbereich – hier ist noch Potential für weitere Verbesserungen gegeben. Der Bau von sinnvollen Fahrradwegen wird von uns unterstützt.

Der **ÖPNV** wird für die Bürger unserer Stadt attraktiver. Wir haben durch verschiedene Maßnahmen die Bürger deutlich entlastet oder sie werden noch entlasten. Allerdings steigen dann auch die Kosten für die Allgemeinheit. Die Umstellung der Busfinanzierung, die Kosten des Stadttickets, das wir mitgetragen haben und die neue Tarifzoneneinteilung des VVS, die bedeutet, dass eine Fahrt von Ludwigsburg nach Stuttgart ein Drittel weniger kostet als bisher, entlastet die Bürger. Allein diese drei Maßnahmen bedeuten an direkten Kosten beziehungsweise über die Kreisumlage mehr als 2 Millionen Euro jährlich. Hätten wir das nicht, könnten wir die Grundsteuer um 50 Punkte absenken. Wir halten aber diese Attraktivitätsverbesserung für richtig. Nur: damit ist noch keine neue Trasse für einen Bus oder für eine Bahn geschaffen, kein zusätzlicher Zug, kein zusätzlicher Bus in unserer Stadt.

Wir begrüßen es, das zwischen der Stadt Ludwigsburg, dem Landkreis und den betroffenen Kommunen ein Weg gefunden wurde den öffentlichen Nahverkehr im Raum Ludwigsburg spürbar zu stärken. Da sich das Landesverkehrsministerium und Landrat Dr. Haas verweigert haben eine moderne, kostengünstige und effiziente wasserstoffbetriebene Bahn von Markgröningen über Möglingen und Ludwigsburg bis W&W (Wüstenrot) zu unterstützen, war es notwendig, eine andere Lösung zu finden. Da die rasche Verwirklichung dieser Bahnlinie für die CDU höchste Priorität hat, begrüßen wir den gefundenen Kompromiss, eine Bahn auf der Trasse von Markgröningen bis Ludwigsburg so schnell wie möglich zu verwirklichen. Wichtig ist auch, dass vom Landesverkehrsministerium die ablehnende Haltung zum BRT-System aufgegeben wurde und eine entsprechende Förderung unterstützt wird, als Vorstufe zu einer späteren Stadtbahn. Wir erwarten allerdings von allen Beteiligten, dass den Gremien vor der Beschlussfassung die prognostizierten Gesamtkosten – also die Investitionskosten und jährlichen Betriebskosten mit zu erwartenden Zuschüssen – vorgelegt werden. Wir hoffen, dass vom Landkreis besser geplant wird wie bei der Strohäubahn, die im Ergebnis bei den Investitionen fast das Doppelte kostete als bei der ursprünglichen Beschlussfassung im Kreistag prognostiziert. Die Kosten-Nutzen-Analyse, die der Landkreis für die Stadtbahn in

Auftrag gegeben hat, sieht vor, dass 43 Busse wegfallen. Das wäre etwa die Hälfte der Busflotte der Firma Jäger. Wir sind hier der Meinung, dass beim Bau einer Stadtbahn die Stadtteile nicht vom Öffentlichen Personennahverkehr abgehängt werden dürfen.

Für uns ist der **Bau von Straßen** weiterhin wichtig. Die Westrandstraße wird ja jetzt hoffentlich kommen, dafür gibt es ja auch Zuschüsse. Wir sind auch für vernünftige Straßenanbindungen im Fuchshofgebiet. Hätte sich der Landrat mit der gleichen Intensität wie bei der Stadtbahn für den Nord-Ost-Ring eingesetzt, wäre diese Entlastungsstraße heute da. Wir hätten eine deutliche Entlastung in der Oststadt, in der Robert-Frank-Allee, in der Aldinger Straße. Die Luft wäre dort sauberer. Der Kosten-Nutzen-Faktor liegt im Übrigen hier bei über 6,0.

Bei Straßenbaumaßnahmen und Tiefbaumaßnahmen sollten sich allerdings die beteiligten Stellen, besser abstimmen und die Arbeit besser koordinieren. Wenn gleichzeitig mehrere Maßnahmen gemacht werden und dann die Zufahrtsstraßen verstopft sind, ist das kein vernünftiger Beitrag. Schlecht ist auch wenn man eine Straße neu macht und ein halbes Jahr später reißt ein anderer Träger sie wieder auf, weil man irgendwelche Leitungen verlegen muss, Das muss besser abgestimmt werden. Wir sind auch der Meinung, dass solche Maßnahmen mindestens im Zweischichtbetrieb, am Besten im Dreischichtbetrieb gemacht werden sollten, andere Städte können das auch.

Sorge bereitet uns die **Personalsituation in der Stadtverwaltung**. Damit ich hier nicht falsch verstanden werde: die Mitarbeiter der Verwaltung leisten, jeder an seinem Platz, gute Arbeit. Das sieht man auch in einigen Daten im Haushalt: bei den Rentenangelegenheiten verringert sich die Wartezeit von 4 auf 2 Wochen, in dem schwierigen Bereich Ausländerbehörde ist eine hohe Kundenzufriedenheit feststellbar, die Durchlaufzeit von Baugenehmigungsverfahren ist in Ludwigsburg im üblichen Rahmen.

Während wir aber von 2006 bis 2010 die Stellenzahl in der Gesamtverwaltung um 20 verringert haben und damit 2010 etwa 1.000 Stellen in der Verwaltung hatten, werden wir Ende 2019 fast 1.400 Stellen haben. Allein für das nächste Jahr schlägt die Verwaltung dauerhaft 90 neue Stellen vor, davon allerdings nur ein Drittel für Bildung und Betreuung, zwei Drittel für andere Maßnahmen. Letztes Jahr waren es 72 neue Stellen vorletztes Jahr 37. Wir haben nicht nur hier eine deutliche Steigerung, sondern auch bei den befristeten Stellen haben wir eine Steigerung. Die werden teilweise mit hohem Zuschuss als Anschubfinanzierung befristet geschaffen und dann irgendwann in unbefristete Stellen umgewandelt. Allein 46 befristete Stellen soll es im nächsten Jahr zusätzlich geben. Wir müssen hier stärker die Aufgaben hinterfragen, ob sie wirklich notwendig und erforderlich sind.

Wir halten das vierte Dezernat für richtig, das haben wir schon mehrfach gesagt. Wenn die Zahl der Mitarbeiter in 10 Jahren um 40 Prozent steigt ist es auch richtig die Zahl der Führungskräfte um 30 Prozent von 3 auf 4 zu erhöhen.

Im Haushalt des nächsten Jahres sind auch einige **zusätzliche Einnahmen** enthalten, die nur einmalig erfolgen. So ist zum Beispiel der Saldo der

Grundstücksverkäufe und -käufe so angelegt, dass die Verkäufe und damit die Einnahmen steigen und die Käufe sinken, damit auch die Einnahmen. Im Saldo haben wir 9 Millionen Euro Mehreinnahmen im nächsten Jahr gegenüber 2018 beim Grundstücksverkehr zu verzeichnen. Das sind einmalige Mehreinnahmen. Nächstes Jahr läuft der Fond Deutsche Einheit aus und damit sinkt die Gewerbesteuerumlage. Das bedeutet für Ludwigsburg 7 Millionen Euro Mehreinnahmen, wenn man eine gleich hohe Gewerbesteuer unterstellt. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steigt ebenfalls, ich habe vorher schon drauf hingewiesen, von 2018 auf 2019 um fast 4 Millionen Euro.

Wir erreichen allerdings auch bei den Ausgaben ein Rekordniveau. Hatten wir 2017 noch **Bauausgaben** in Höhe von 29 Millionen Euro, sind es dieses Jahr 2018 bereits 40 Millionen Euro und im nächsten Jahr wird mit 55 Millionen Euro geplant. In den letzten Jahren stand allerdings immer deutlich mehr im Haushalt als verwirklicht werden konnte. Ist das überhaupt leistbar für die Verwaltung? Ist das bei ausgelasteter Bauwirtschaft sinnvoll? Tragen wir damit nicht zu Kostensteigerungen bei? Wir meinen hier muss der Gemeinderat gegensteuern. Wir stellen einen Antrag als Grundsatzbeschluss. Herr Oberbürgermeister Sie legen ja immer großen Wert darauf, dass der Gemeinderat grundsätzliche Beschlüsse fassen soll und die Verwaltung dann diese Beschlüsse im Detail ausführt. Wir beantragen als Grundsatzbeschluss, dass die Bauinvestitionen im nächsten Jahr von 55,2 Mio. Euro um 9 Mio. Euro auf 46,2 Mio. Euro reduziert werden. Das ist dann immer noch doppelt so viel wie in den letzten 7 Jahren pro Jahr und wir liegen noch deutlich über den Investitionen 2018. Im Gegenzug können wir die geplante Neuverschuldung von 9 Millionen Euro auf 0 reduzieren. Bei den hohen Einnahmen Schulden zu machen, können wir nicht mittragen. Wie wir dann 2020 und danach weiter verfahren ist bei den jeweiligen Haushaltsberatungen zu entscheiden.

Zu den **Baustandards**: Wir haben mit der Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS), dem Kommunalen Steuerungs- und Informationssystem (KSISS), dem Controller und mehreren Kommissionen verschiedene Instrumente um die Baukosten in den Griff zu bekommen. Das reicht offenbar nicht aus. Wir müssen überlegen, ob man mit dem derzeitigen beschlossenen Projektfahrplan nicht anders verfahren kann und den gegebenenfalls etwas abändert. Es ist egal ob nun der Fachbereich Bildung und Betreuung bei Vorstellung des Raumprogramms über Vorgaben hinaus geht und nicht nur das Notwendige sondern auch viel Wünschenswertes vorschlägt oder, ob der Fachbereich Hochbau besonders anspruchsvoll nach dem Ludwigsburger Standard baut. Wir müssen die teilweise extrem hohen Kosten unserer städtischen Bauten verringern. Bei der Sporthalle Hoheneck waren wir hier gegen den Willen der Verwaltung erfolgreich, bei der Fuchshofschule haben wir verschiedene Anträge vorliegen, wie wir Kosten reduzieren können und trotzdem eine funktionsfähige Schule haben. Bei den Sporthallen sind wir auch offen. Möglicherweise geht es, drei völlig unterschiedliche Sporthallen an einen Generalunternehmer zu vergeben, zum Preis von zwei. Das muss man noch genau prüfen, aber wir halten das alles für vernünftige und gute Vorschläge, um die Kosten bei den Bauten zu reduzieren.

Viele Mitbürger engagieren sich in unserer Stadt ehrenamtlich: in den Vereinen, Kirchen, in Organisationen und bei der Flüchtlingsintegration. Wir haben im Jugendgemeinderat engagierte junge Leute, die sich einbringen. Wir wollen das **Ehrenamt** weiterhin unterstützen, fördern und wertschätzen. Es gibt aber immer mehr Auflagen für die Vereine. Sei es durch die Datenschutzgrundverordnung oder bei Festen oder anderen Anliegen. Wenn Auflagen an Vereine erfolgen, egal von wem und dadurch entstehen Zusatzkosten, sind wir der Meinung, dass die ganz oder mindestens teilweise von der öffentlichen Hand übernommen werden sollten. Wir haben da ja im Fachbereich Tourismus und Event einiges im Haushaltsplan veranschlagt.

Im Lauf eines Jahres werden immer wieder auf Vorschlag der Verwaltung Maßnahmen aus den Bereichen Sport oder Kultur beschlossen, obwohl keine Haushaltsmittel veranschlagt sind. Das tragen wir auch meistens mit. Wir erkennen an, dass in großem Maß Drittmittel eingeworben werden. Interessant ist allerdings, dass immer dann für den nicht durch Drittmittel gedeckten Kostenanteil rein zufällig Geld aus irgendwelchen Resten oder nicht ausgeschöpften Haushaltsmitteln zur Verfügung steht. Das zeigt uns, im Haushaltsplan ist noch Luft enthalten.

Wir stellen heute außer dem Antrag auf Nullverschuldung für das nächste Haushaltsjahr keine weiteren Anträge. Wir behalten uns allerdings vor, zum Stellenplan noch Anträge zu stellen. Der ist uns ja erst dieser Tage zugegangen. Wenn der Bund sechs Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegt und das Land sogar Schulden tilgt und den Kommunen auch berechtigterweise mehr Geld zur Verfügung stellt, sollten wir nicht einen Haushalt mit Schulden beschließen. Ludwigsburg sollte auch bei den Finanzen nachhaltig bleiben.

Ob wir dem Haushalt zustimmen können oder nicht werden wir nach der Einzelberatung in 14 Tagen entscheiden. Wir bedanken uns bei den Steuerzahlern, egal ob Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Grundstücksbesitzer oder Mieter, die mit ihren Steuern dazu beitragen, dass wir eine gute Infrastruktur für die Bürger Ludwigsburgs und damit zum Wohlfühlen in unserer Stadt haben können.